

Deutschland-Au am Inn: Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen**OJ S 166/2023 30/08/2023****Auftragsbekanntmachung****Dienstleistungen****Rechtsgrundlage:**

Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1. Name und Adressen

Offizielle Bezeichnung: Kongregation der Franziskanerinnen Au am Inn

Postanschrift: Klosterhof 1

Ort: Au am Inn

NUTS-Code: DE21G Mühldorf a. Inn

Postleitzahl: 83546

Land: Deutschland

E-Mail: vgv@hsp-projekt.de

Telefon: +49 8631166630

Fax: +49 86311666310

Internet-Adresse(n):Hauptadresse: <https://www.deutsche-evergabe.de>**I.3. Kommunikation**

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: https://www.deutsche-evergabe.de/dashboards/dashboard_off/B7A4CA8A-1B4A-4007-AE89-1105F0C2C4B3

Weitere Auskünfte erteilen/erteilt die oben genannten Kontaktstellen

Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen elektronisch via: https://www.deutsche-evergabe.de/dashboards/dashboard_off/B7A4CA8A-1B4A-4007-AE89-1105F0C2C4B3

Im Rahmen der elektronischen Kommunikation ist die Verwendung von Instrumenten und Vorrichtungen erforderlich, die nicht allgemein verfügbar sind. Ein uneingeschränkter und vollständiger direkter Zugang zu diesen Instrumenten und Vorrichtungen ist gebührenfrei möglich unter: <https://www.deutsche-evergabe.de>

I.4. Art des öffentlichen Auftraggebers

Einrichtung des öffentlichen Rechts

I.5. Haupttätigkeit(en)

Bildung

Abschnitt II: Gegenstand

II.1. Umfang der Beschaffung**II.1.1. Bezeichnung des Auftrags**

Neubau Berufssonderschule Au am Inn - Objektplanung Gebäude - LPH 3-9

Referenznummer der Bekanntmachung: 434_BS Au_VgV_ARC

II.1.2. CPV-Code Hauptteil

71240000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen

II.1.3. Art des Auftrags

Dienstleistungen

II.1.4. Kurze Beschreibung

Neubau Berufssonderschule Au am Inn – Leistungen der Objektplanung Gebäude gem. §§ 34 ff HOAI - Leistungsphasen 3-9

II.1.5. Geschätzter Gesamtwert

II.1.6. Angaben zu den Losen

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.2. Beschreibung

II.2.2. Weitere(r) CPV-Code(s)

71240000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen

II.2.3. Erfüllungsort

NUTS-Code: DE21G Mühldorf a. Inn

Hauptort der Ausführung: in den Vergabeunterlagen aufgeführt

II.2.4. Beschreibung der Beschaffung

Die Kongregation der Franziskanerinnen in Au am Inn ist 100%-iger Eigentümer der Franziskushaus Au am Inn gemeinnützige GmbH (FH gGmbH). Die FH gGmbH ist Schulträgerin der Franziskus-von-Assisi-Schule, einem privaten Förderzentrum mit Förderschwerpunkt Geistige Entwicklung in Au am Inn (Klosterhof 1, 83546 Au am Inn). Der Eigentümer der FH gGmbH plant als Bauherr und Eigentümer der Immobilien die Sanierung der Gesamtschulanlage. Die historisch gewachsene Anlage integriert eine Vielzahl von Nutzungen und umfasst 20 Gebäude mit zum Teil unterschiedlichen Eigentümern. U.a. ist der Ersatzneubau der Berufsschulstufe in den Gebäuden 6 und 7 geplant, welcher Inhalt der vorliegenden Ausschreibung ist. Die Entscheidung zum Ersatzneubau ist Ergebnis einer Konzept- und Machbarkeitsstudie, basierend auf einem bereits definierten Raumprogramm. Die Studie beinhaltet die Untersuchung der Sanierung + Erweiterung der bestehenden Berufsschulstufe gegenüber dem Ersatzneubau in den Gebäuden 6 und 7 („Ersatzneubau im historischen Kontext“). Im Ergebnis ergibt sich die letztgenannte Variante als die (wirtschaftlich) vorteilhaftere, welche nun umgesetzt werden soll. Mit der Planung wird die neue Berufsschule in den heutigen West- und Südflügel des Klosterhofes verlegt. Der aktuelle Bestand wird hierbei erhalten und mit einer neuen Struktur gefüllt. Dabei bleibt die historische Fassadenerscheinung erhalten. Die neue zweigeschossige Struktur (teilweise Technik/Lager im DG) beinhaltet dabei die neue Berufsschule mit Werkräumen, Maschinenraum, Eingang, Mehrzweckraum, sowie Kochen und Essen im Erdgeschoss und Klassenräumen mit Nebenräumen, WCs und Ruheraum im Obergeschoss. Der Hauptzugang erfolgt über die ehemaligen Eingangstore im Westflügel mit zugehörigen Eingangsplatz. Den Werkräumen, sowie dem Ess- und Kochplatz ist jeweils ein Freibereich mit Terrasse zugeteilt. An den beiden Enden befinden sich jeweils die notwendigen Fluchttreppen die erdgeschossig ins Freie führen. Der Durchgang wird erhalten.

Eine schulaufsichtliche Genehmigung des Gesamttraumprogramms liegt bereits vor. Für die Entscheidung zum Ersatzneubau wurden die Regierung von Oberbayern als fördernde Stelle, der Markt Gars hinsichtlich Planungsrecht und der Denkmalschutz eingebunden. Die Kostenschätzung für die Maßnahme beläuft sich auf rd. 10,4 Mio. € (brutto, KG 200-700). Die Maßnahme soll nach dem BaySchFG gefördert werden. Die Belange des Denkmalschutzes sind bei der Planung und Ausführung zu berücksichtigen.

II.2.5. Zuschlagskriterien

Die nachstehenden Kriterien

Qualitätskriterium - Name: 1. Darstellung des für die Durchführung des Projekts vorgesehenen Projektteams, Kapazitätsplanung und Verfügbarkeit / Gewichtung: 15

Qualitätskriterium - Name: 2. Vorstellung, Projekterfahrung, Fachkunde der vorgesehenen Projektleiter / Gewichtung: 20

Qualitätskriterium - Name: 3. Projekteinschätzung und Darstellung der vorgesehenen Herangehensweise an die Projektaufgabe und Planungsmethoden in Bezug auf... / Gewichtung: 20

Qualitätskriterium - Name: 4. Darstellung der geplanten Herangehensweise zur Kostenplanung und Kosten- und Termineinhaltung in der Ausführungsvorbereitung / Ausführung / Gewichtung: 10

Kostenkriterium - Name: Honorar gem. Unterkriterien: Honorarzone, Honorarsatz, Leistungsbild, etc. / Gewichtung: 20

II.2.6. Geschätzter Wert

II.2.7. Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems

Beginn: 15/01/2024 Ende: 31/12/2030

Dieser Auftrag kann verlängert werden: ja

Beschreibung der Verlängerungen:

Dieser Auftrag kann verlängert werden. Die genaue Laufzeit des Vertrages kann zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht bestimmt werden und ist abhängig von Terminplanung Planung und Bau sowie von Förderung/Finanzierung. Vorgesehen ist die stufen- und abschnittsweise (Stufen jeweils: LPH 3+4, LPH 5-7, LPH 8+9) Beauftragung der Leistungen. Ein Anspruch auf (Weiter-) Beauftragung besteht nicht.

II.2.9. Angabe zur Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden

Geplante Anzahl der Bewerber: 3 Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

Bewertung lt. veröffentlichten Kriterien. Erfüllen mehrere Bewerber an einem

Teilnahmewettbewerb mit festgelegter Höchstzahl gleichermaßen die Anforderungen und ist die Bewerberzahl auch nach einer objektiven

Auswahl entsprechend der zugrunde gelegten Eignungskriterien zu hoch, wird durch das Losverfahren gem. § 75 (6) VgV entschieden. Der Auftraggeber behält sich gem. § 56 VgV das Recht vor, Nachweise und

Erklärungen bzw. fehlende oder unvollständige Unterlagen nachzufordern. Aus dem Vorbehalt ergibt sich kein Anspruch der Bewerber und Bieter.

Voraussichtlicher Vorstellungs-/Verhandlungstermin: KW 49/2023; Der tatsächliche Termin wird im Einladungsschreiben zum Verhandlungsverfahren voraussichtlich in KW 44/2023 bekannt gegeben.

Der Auftraggeber behält sich vor, die Bieter/Bietergemeinschaften, die mit ihren Erstangeboten auf den ersten Plätzen liegen, aufzufordern, weitere Folgeangebote abzugeben und weitere Verhandlungsrunden durchzuführen. Für die Abgabe etwaiger Folgeangebote gelten die gleichen Wertungskriterien, die gleichen Gewichtungen und die gleiche Wertungsformel, wie für die Abgabe der Erstangebote.

II.2.10. Angaben über Varianten/Alternativangebote

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11. Angaben zu Optionen

Optionen: nein

II.2.13. Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14. Zusätzliche Angaben

Aus Platzgründen sind die Zuschlagskriterien im Bekanntmachungstext nur komprimiert dargestellt, die vollständigen Zuschlagskriterien mit Unterpunkten sind den kostenfrei u. uneingeschränkt zugänglichen Vergabeunterlagen zu entnehmen.

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1. Teilnahmebedingungen

III.1.1. Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

- Basisinformation des Bewerbers.
- Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach §§ 123, 124 GWB und Russlandbezug.
- Bei Bietergemeinschaften: Vorlage der Eigenerklärung zur gesamtschuldnerischen Haftung. Bei der Abgabe der Eigenerklärungen ist das den Vergabeunterlagen beigelegte Formular zu verwenden.

Der Auftraggeber kann Unternehmen auffordern, die vorgelegten Bescheinigungen zu vervollständigen oder zu erläutern.

III.1.2. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

- Mitarbeiterstruktur: 3-Jahresdurchschnitt (Jahre 2021 bis 2023) Mitarbeiter der für die ausgeschriebene Planungsleistung relevanten Abteilungen ohne freiberufliche Mitarbeiter: $\geq 6 = 2$ Pkt.; < 6 und $\geq 4 = 1$ Pkt.; $< 4 = 0$ Pkt. (Gewichtung x 2),
- Gesamtumsatz: 3-Jahresdurchschnitt (Jahre 2020 bis 2022) des Umsatzes für die ausgeschriebene Planungsleistung (in Euro netto): $\geq 0,4$ Mio. EUR = 2 Pkt.; $< 0,4$ Mio. EUR und $\geq 0,3$ Mio. EUR = 1 Pkt.; $< 0,3$ Mio. EUR = 0 Pkt. (Gewichtung x 1).

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Mindestkriterien: Nachweis über bestehende Haftpflichtversicherung für Personenschäden mind. 2,5 Mio. € je Versicherungsfall, für sonstige Schäden mind. 2,5 Mio. € je Versicherungsfall. Weiter ist der Nachweis zu erbringen, dass die Maximierung der Ersatzleistung pro Versicherungsjahr mindestens das Zweifache der Deckungssumme beträgt. Erfüllt die bestehende Haftpflichtversicherung die geforderten Summen nicht, kann auch eine Erklärung der Versicherungsgesellschaft abgegeben werden, dass die bestehende

Versicherung im Auftragsfall an die Höhe der geforderten Summen angepasst wird. Bei Arbeitsgemeinschaften muss jedes Mitglied eine ausreichende Versicherungsdeckung nachweisen oder eine Bestätigung durch die Versicherung einreichen, dass die Deckungssummen im Auftragsfall angepasst werden.

III.1.3. Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

- Berufsjahre Projektleitung Planung: ≥ 10 Jahre = 2 Pkt.; < 10 und ≥ 5 Jahre = 1 Pkt.; < 5 Jahre = 0 Pkt. (Gewichtung x 2)
- Berufsjahre stellv. Projektleitung Planung: ≥ 5 Jahre = 1 Pkt.; < 5 Jahre = 0 Pkt. (Gewichtung x 2)
- Berufsjahre Projektleitung Objektüberwachung: ≥ 10 Jahre = 2 Pkt.; < 10 und ≥ 5 Jahre = 1 Pkt.; < 5 Jahre = 0 Pkt. (Gewichtung x 2)

Büroreferenzen: Es sollen max. 3 Referenzen eingereicht werden. Gewertet werden die beiden Referenzen, welche die Mindestanforderungen erfüllen und die höchste Punktzahl gemäß der nachfolgenden Kriterien erreichen.

Wertungsparameter 1:

- Referenzprojekt mit vergleichbarem Projektrahmen: Kostenfeststellung KGR 300+400 netto $\geq 4,0$ Mio. EUR = 2 Pkt.; $< 4,0$ Mio. EUR und $\geq 3,0$ Mio. EUR = 1 Pkt.; $< 3,0$ Mio. EUR = 0 Pkt. (Gewichtung x 3).
- Referenzprojekt vergleichbarer Umfang (Fläche/Kubatur): Bearbeitete BGF ≥ 2.000 m² = 2 Pkt.; < 2.000 m² und ≥ 1.500 m² = 1 Pkt.; < 1.500 m² = 0 Pkt. (Gewichtung x 3).

Wertungsparameter 2:

- Referenzprojekt mit vergleichbarem Projektrahmen: Kostenfeststellung KGR 300+400 netto $\geq 3,0$ Mio. EUR = 2 Pkt.; $< 3,0$ Mio. EUR und $\geq 2,5$ Mio. EUR = 1 Pkt.; $< 2,5$ Mio. EUR = 0 Pkt. (Gewichtung x 2).
- Referenzprojekt vergleichbarer Umfang (Fläche/Kubatur): Bearbeitete BGF ≥ 1.500 m² = 2 Pkt.; < 1.500 m² und ≥ 1.250 m² = 1 Pkt.; < 1.250 m² = 0 Pkt. (Gewichtung x 2).

Zusatzpunkte:

- Bei mind. einem der wertbaren Referenzen handelt es sich um ein inhaltlich vergleichbares Objekt mit Umsetzung einer Schulbaumaßnahme. = 1 Pkt. (Gewichtung x 3).
- Bei mind. einem der wertbaren Referenzprojekte waren der Umfang des Denkmalschutzes am Sanierungsanteil bzw. die denkmalschutztechnischen Belange wesentlich. = 1 Pkt. (Gewichtung x 3).

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Mindestanforderung:

- Leistungsinhalt: Öffentlich zugängliches Gebäude und Sonderbau nach der Landesbauordnung.
- Referenzzeitraum: Referenzen werden nur gewertet, wenn die Leistungsphase 8 im vorgegebenen Zeitraum 2018 bis zur Abgabefrist Teilnahmeantrag abgeschlossen wurde.
- Mind. die Leistungsphasen 3-8 (Objektplanung Gebäude) sind beauftragt nachzuweisen.
- Bei Arbeitsgemeinschaften muss ein ARGE-Partner oder die ARGE in dieser Konstellation eine durchgehende Referenz nachweisen. Werden von einem ARGE-Partner Referenzen eingereicht aus einer ARGE mit einem anderen Partner als in der Bewerbung vorgesehen,

müssen diese die auftragsgegenständlichen Leistungsphasen abdecken und der ARGE-Partner aus dieser Bewerbung ebenfalls eine Referenz vorweisen, durch die das Leistungsbild LPH 3-8 vervollständigt wird.

III.2. Bedingungen für den Auftrag

III.2.1. Angaben zu einem besonderen Berufsstand

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten. Verweis auf die einschlägige Rechts- oder Verwaltungsvorschrift:

Nachweis der Bauvorlageberechtigung nach Art. 61 Bayerische Bauordnung.

Art. 1 Ingenieurgesetz, Fassung vom 28.4.1994 (GVBl. S. 297), Natürliche Personen die gemäß den Rechtsvorschriften ihres Heimatlandes am Tag der Bekanntmachung zur Führung der Berufsbezeichnung Ingenieur/in (oder adäquat) berechtigt sind. Ist in dem jeweiligen Bundesland die Berufsbezeichnung gesetzlich nicht geregelt, so erfüllt die fachliche Anforderung als Ingenieur, wer über ein Diplom, Prüfungszeugnis oder einen sonstigen Beschäftigungsnachweis verfügt, dessen Anerkennung nach der Richtlinie 2005/36/EG gewährleistet ist. Juristische Personen, wenn deren satzungsgemäßer Geschäftszweck auf Planungsleistungen der hier gegebenen Art ausgerichtet ist. Bei Arbeitsgemeinschaften muss jedes Mitglied genannt und teilnahmeberechtigt sein. Auswärtige Bewerber mit der Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaates der Europäischen Union oder eines Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum erfüllen die fachliche Voraussetzung für ihre Bewerbung, wenn ihre Berechtigung zur Führung ihrer oben genannten Berufsbezeichnung nach der Richtlinie 2005/36/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über die Anerkennung von Berufsqualifikation gewährleistet ist und im Auftragsfall die Vorgaben des Art 2 BauKaG erfüllt sind. Bei Arbeitsgemeinschaften muss jedes Mitglied genannt und teilnahmeberechtigt sein.

III.2.2. Bedingungen für die Ausführung des Auftrags

III.2.3. Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal

Verpflichtung zur Angabe der Namen und beruflichen Qualifikationen der Personen, die für die Ausführung des Auftrags verantwortlich sind

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1. Beschreibung

IV.1.1. Verfahrensart

Verhandlungsverfahren

IV.1.3. Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem

IV.1.5. Angaben zur Verhandlung

Der öffentliche Auftraggeber behält sich das Recht vor, den Auftrag auf der Grundlage der ursprünglichen Angebote zu vergeben, ohne Verhandlungen durchzuführen

IV.1.8. Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

IV.2. Verwaltungsangaben

IV.2.2. Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge

Tag: 25/09/2023 Ortszeit: 09:00

IV.2.3. Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber

Tag: 30/10/2023

IV.2.4. Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können Deutsch

IV.2.6. Bindefrist des Angebots

Das Angebot muss gültig bleiben bis: 13/02/2024

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1. Angaben zur Wiederkehr des Auftrags

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.3. Zusätzliche Angaben

Das Risiko für den rechtzeitigen Eingang des Teilnahmeantrags liegt beim Bewerber. Abgabe des Teilnahmeantrags, sowie die vollständige Kommunikation während des Verfahrens erfolgt ausschließlich digital über die Vergabepattform. Per Post, Kurier, per Nachricht an die Vergabestelle, direkt oder anderweitig elektronisch (E-Mail etc.) übermittelte Teilnahmeanträge und sonstige Unterlagen/Bieterfragen werden nicht berücksichtigt und können sogar zum Ausschluss führen. Der ausgefüllte Teilnahmeantrag sowie die geforderten Unterlagen zum Verhandlungsverfahren sind in Textform nach § 126b BGB einzureichen. Teilnahmeanträge und Angebote in Textform müssen nicht handschriftlich signiert werden. Bei elektronischer Angebotsübermittlung in Textform sind der Bieter und die zur Vertretung des Bieters berechnete natürliche Person zu benennen. Fehlen diese Angaben, wird das Angebot ausgeschlossen. Der Auftraggeber behält sich gem. § 56 VgV das Recht vor, Nachweise und Erklärungen bzw. fehlende oder unvollständige Unterlagen nachzufordern. Aus dem Vorbehalt ergibt sich kein Anspruch der Bieter bzw. Bewerber. Im Falle der Eignungsleihe hat der Bewerber oder Bieter eine unterzeichnete und verbindliche Verpflichtungserklärung des jeweiligen Unternehmens vorzulegen, dass ihm die Mittel zur Verfügung stehen werden (§ 47 Abs. 1 VgV). Das Unternehmen, dessen Kapazitäten der Bewerber oder Bieter für die Erfüllung eines oder mehrerer Eignungskriterien in Anspruch nehmen will, muss folgende Erklärungen vorlegen:

- a) Erklärungen, dass Ausschlussgründe gem. § 123 oder § 124 GWB und Russlandbezug nicht vorliegen,
- b) Nachweis der Eignung des Unternehmens, dessen Kapazitäten der Bewerber oder Bieter für die Erfüllung eines oder mehrerer Eignungskriterien in Anspruch nehmen will, in Bezug auf die Eignungskriterien entsprechend dem Umfang der Eignungsleihe. Erfüllt ein Unternehmen diejenigen Eignungskriterien nicht, dessen Kapazitäten der Bewerber oder Bieter für die Erfüllung eines oder mehrerer Eignungskriterien in Anspruch nehmen will, kann der Auftraggeber vorschreiben, dass der Bewerber oder Bieter das entsprechende Unternehmen ersetzen muss (§ 47 Abs. 2 VgV). Nimmt der Bewerber oder Bieter die Kapazitäten eines anderen Unternehmens im Hinblick auf die wirtschaftliche oder finanzielle Leistungsfähigkeit in Anspruch, kann der Auftraggeber eine gemeinsame Haftung des Bewerbers oder Bieters und des (jeweils) anderen Unternehmens entsprechend dem Umfang der Eignungsleihe verlangen (§ 47 Abs. 3 VgV).

Bewerber/Bieter dürfen bei der Öffnung der Teilnahmeanträge und Angebote nicht anwesend sein (§ 55 Abs. 2 Satz 2 VgV). Es wird vorausgesetzt, dass die im Teilnahmeantrag genannten und vorgesehenen Projektleiter sowie Stellvertreter am Vorstellungs-/Verhandlungstermin teilnehmen und die jeweiligen Präsentationspunkte je nach Zuständigkeit eigenverantwortlich

vorstellen. Dies kann sich in der Bewertung widerspiegeln. Nur vollständig ausgefüllte Teilnahmeanträge mit vollständigen Nachweisen und Anlagen werden berücksichtigt. Bewerbungen mit fehlenden Angaben bei Pflichtfeldern (grün schattiert) werden nicht berücksichtigt oder es erfolgt Punktabzug. Änderungen, Abweichungen und Nichteinhaltungen sind zu kommentieren. Gewertet werden 2 Referenzen aus dem Referenzformular, welche die Mindestanforderungen erfüllen und die höchste Punktzahl gemäß der veröffentlichten Kriterien erreichen. Wurden Referenzen im Rahmen einer ARGE, oder als/mit Nachunternehmer erbracht, so ist dies und der auf den Bewerber entfallene Auftragsumfang anzugeben. Referenzangaben sind gemäß § 46 VgV einzureichen, hierfür ist ein Formblatt „Liste Referenzen“ bereitgestellt. Zusätzliche Referenzpräsentationen, Bilder oder dgl. werden nicht berücksichtigt. Die eingereichten personenbezogenen Angaben werden im Rahmen des Verfahrens verarbeitet und gespeichert. Die Angaben sind Voraussetzung für die Wertung der Bewerbung. Bei einer Beteiligung am Verfahren wird die Registrierung auf der Vergabeplattform empfohlen.

VI.4. Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI.4.1. Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung: Regierung von Oberbayern, Vergabekammer Südbayern

Postanschrift: Maximilianstraße 39

Ort: München

Postleitzahl: 80538

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer.suedbayern@reg-ob.bayern.de

Telefon: +49 8921762411

Fax: +49 8921762847

VI.4.3. Einlegung von Rechtsbehelfen

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

(1) Etwaige Vergabeverstöße muss der Bewerber/Bieter gemäß § 160 Abs. 3 Nr. 1 GWB innerhalb von 10 Tagen nach Kenntnisnahme rügen.

(2) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, sind nach § 160 Abs. 3 Nr. 2 GWB spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Abgabe der Bewerbung oder der Angebote gegenüber dem Auftraggeber zu rügen.

(3) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, sind nach § 160 Abs. 3 Nr. 3 GWB spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbungs- oder Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber zu rügen.

(4) Ein Vergabenachprüfungsantrag ist nach § 160 Abs. 3 Nr. 4 GWB innerhalb von 15 Kalendertagen nach der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, bei der Vergabekammer einzureichen.

VI.5. Tag der Absendung dieser Bekanntmachung

25/08/2023